



## Protokoll

### der Sitzung des Berliner Begleitausschusses am 21. November 2024

Ort: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Zeit: 10:00 - 14:40 Uhr

Protokoll: Herr Saiful Islam

Teilnehmerliste: siehe Anlage 1

**Frau Anton** (Vorsitzende des Berliner Begleitausschusses) begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission, Frau Tremmel-Scheinost (GD EMPL) und Herrn Studihrad (GD REGIO) sowie Herrn Bezirksbürgermeister Igel (BzBM Trepow-Köpenick) und den Vertreter des Bundes, Herrn Soisson (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz).

**Frau Anton** (Vorsitzende) weist darauf hin, dass die Einladung gem. Artikel 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung fristgerecht am 06.11.2024 per E-Mail versendet wurde.

Die Anwesenheit von 16 stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern bzw. Stellvertreterinnen und Stellvertretern wird mittels Einzelabfrage der Geschäftsstelle festgestellt (Anhang 2). Die Vorsitzende weist auf die vorliegenden Stimmbotschaften von Frau Dr. Gerner (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt) vom 20. November 2024 hin. Damit sind 17 Mitglieder stimmberechtigt.

## **TOP 1            Annahme der Tagesordnung**

**Frau Anton** (Vorsitzende) teilt mit, dass nach dem Versand der Tagesordnung keine Änderungswünsche eingegangen sind. Die Vorsitzende bittet das Gremium um die Annahme der Tagesordnung.

Der Begleitausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorliegenden Stimmbotschaften einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Berliner Begleitausschuss nimmt die Tagesordnung an.**

## **TOP 2            Annahme des Protokolls der BGA-Sitzung vom 01.12.2023**

Das Protokoll über die Sitzung des BGA vom 01.12.2023 wurde den Mitgliedern vorab mit der Einladung vom 06.11.2024 übermittelt. Es wurden keine Änderungswünsche im Vorfeld übermittelt.

Der Begleitausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorliegenden Stimmbotschaften einstimmig folgenden Beschluss:

**Das Protokoll der Sitzung vom 01.12.2023 wird vom Berliner Begleitausschuss genehmigt.**

## **TOP 3            Änderung der Geschäftsordnung**

**Frau Anton** (Vorsitzende) informiert das Gremium, dass mit dem Beschlussvorschlag die Namensänderung des Begleitausschuss-Mitglieds "Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen" zu "Landesbeirat für Partizipation" in der Geschäftsordnung nachvollzogen werden soll.

Der Begleitausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorliegenden Stimmbotschaften einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Berliner Begleitausschuss genehmigt die Änderung der Geschäftsordnung.**

## **TOP 4            Bericht aus Brüssel, DG EMPL und DG REGIO**

### **TOP 4.2        ESF- DG EMPL**

**Frau Tremmel-Scheinost** (GD EMPL) berichtet aus Brüssel über die für 2025 geplanten Halbzeitüberprüfung des ESF+ und die aktuellen politischen Veränderungen und Planungen für die gesamte EU (siehe Anlage TOP 4.2).

**Frau Hildebrandt** (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie) fragt, ob es eine Umstrukturierung des Mehrjährigen Finanzrahmens geben wird.

**Frau Tremmel-Scheinost** (GD EMPL) bejaht und erläutert, dass eine Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens in Planung ist und diese im 2. Quartal 2025 von der Kommission veröffentlicht werden soll.

**Herr Dr. Wagner** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) fragt, ob es durch die neuen politischen Mehrheiten ein politisches Problem innerhalb der Kommission gibt und wie sie mit etwaigen Problemen umgehen?

**Frau Tremmel-Scheinost** (GD EMPL) verneint. Die Mitglieder der Kommission verfügten über ein gutes Verständnis füreinander und unterstützten sich gegenseitig. Zudem gebe es ressortübergreifende Abstimmungen.

**Herr Studihrad** (GD REGIO) ergänzt, dass die Kommission über die notwendige Erfahrung verfügt, um potenzielle Probleme zwischen den Mitgliedsländern zu identifizieren und Lösungen für eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit zu finden.

**Frau Wielpütz** (Berliner Frauenbund 1945 e.V.) erkundigt sich, wie es zu der Zusammenstellung des Ressorts Krisenmanagement und Gleichstellung kam.

**Herr Studihrad** (GD REGIO) erläutert, dass mit den Kommissionsbezeichnungen versucht wird, alle Bereiche abzudecken, zudem wird die Aufgabe der „preparedness“, die je nach Kontext als „Krisenmanagement“ oder „Vorsorge“ übersetzt wird, als horizontale Aufgabe mehreren Generaldirektionen zugewiesen.

#### **TOP 4.1      EFRE - DG REGIO**

**Herr Studihrad** (GD REGIO) gibt in seinem Bericht einen Ausblick auf die Halbzeitüberprüfung und das Europäische Semester. Er stellt die neue Europäische Kommission vor, berichtet über die EU-Städteagenda und erläutert die Aussagen des neuen Regionalkommissars Raffaele Fitto zur Zukunft der Kohäsionspolitik (siehe Anlage TOP 4.1).

**Frau Schwarzer** (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung) erkundigt sich, ob die Europäische Kommission Pläne vorantreibe, nach denen die Regionalfördermittel künftig den Mitgliedstaaten übertragen werden sollen und es zukünftig nur einen Single Fund für die Strukturfonds geben wird.

**Herr Studihrad** (GD REGIO) bestätigt, dass der Vorschlag für einen Single Plan im Raum stehe, dass hierzu aber die Verhandlungen abzuwarten seien.

**Herr Schellenberg** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen) fragt, wie die Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds zukünftig verteilt werden.

**Herr Kirchner** (IBB) erkundigt sich danach, wie sich die Kommission eine zukünftige Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum vorstellt.

**Herr Studihrad** (GD REGIO) antwortet, dass beispielsweise benachteiligte Gruppen unterstützt werden sollen, ihre Wohnräume energieeffizient umzubauen. Dafür müsse das Beihilferecht geändert und auch eine neue Investitionspriorität geschaffen werden. Die Debatten dazu laufen noch.

**Frau Anton** (Vorsitzende) bedankt sich bei Frau Tremmel-Scheinost und Herrn Studihrad für die Berichte aus Brüssel.

## **TOP 5            Zukunft der EU-Kohäsionspolitik ab 2028**

**Herr Keune** (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe) gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion um die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik auf Bundes- und Länder-ebene sowie im Land Berlin. MPK (06.11.2023) und BR (24.11.2023) haben Stellungnahmen zur Halbzeitrevision des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 sowie zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik (KP) verabschiedet, worüber bereits im letzten BGA berichtet wurde.

Nach teilweise kontroversen Diskussionen zwischen Bund und Ländern ist inzwischen der sog. „Chapeau“ für eine Bund-Länder-Stellungnahme zwischen den relevanten Bundesressorts und den Ländern abgestimmt. Ein entsprechender EMK-Beschluss wurde am 20.11.2024 gefasst. Am 12.12.2024 wird die MPK die Stellungnahme beschließen. Kritische Punkte zwischen Bund und Ländern, die sich im Bundes- bzw. Länderteil der Stellungnahme widerspiegeln sind v.a. die Zentralisierungstendenzen im Sinne einer Verlagerung der Kohäsionspolitik auf die nationale Ebene, die stärkere Verknüpfung mit dem Europäischen Semester und die n+2 Mittelauszahlung.

Berlin hat darüber hinaus seine Positionen in die Stellungnahmen von EP, AdR und Netzwerken (Eurocities, Hauptstädtenetzwerk, EURegions4cohesion, Power Regions) sowie auf Bund-Länder-Ebene eingebracht. Ein mit den Verwaltungen und WiSo-Partnern abgestimmtes Berliner Eckpunktepapier (Federführung Senatskanzlei) befindet sich in der finalen Abstimmung und soll noch im Dezember vom Senat beschlossen werden. Es beinhaltet die zehn aus Berliner Sicht zentralen Forderungen für eine starke und sichtbare Kohäsionspolitik nach 2027.

Herr Keune sagt zu, dass das Positionspapier nach dem Senatsbeschluss auf der Webseite der Struktur fondsförderung veröffentlicht werden wird. Abschließend weist er auf das lesenswerte von den Berliner WiSo-Partnern erarbeitete Positionspapier hin und bedankt sich bei allen Beteiligten für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

**Frau Wiegand** (Berlin Partner) fordert dringend eine Vereinfachung der Umsetzung der Kohäsionspolitik und der Umsetzung der Förderpolitik.

**Herr Dr. Wagner** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) weist darauf hin, dass eine Vereinfachung alleine nicht ausreichen wird. So würde z. B. die Einrichtung eines einzigen Fonds zu einem Wettbewerb zwischen den Trägern führen. Er betont die Friedensbewegung der Evangelischen Kirche und kritisiert die Tendenz, den Fokus der Kohäsionspolitik auf Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Verteidigung zu legen. Im Fokus sollten stattdessen der digitale Wandel, der demographische Wandel und der Klimawandel stehen.

## **TOP 6            Information zum Abschluss der Förderperiode 2014-2020**

**Frau Wadewitz** (Leiterin der EFRE-Verwaltungsbehörde) informiert die BGA-Mitglieder über den Stand der Umsetzung des EFRE-Programms der Förderperiode 2014-2020 und hierbei insbesondere über die gelungene vollständige Mittelausschöpfung. Sie informiert über die in den kommenden Monaten anstehenden Aktivitäten in Vorbereitung des Programmabschlusses, wie z. B. die Vorbereitung des Abschlussberichtes, der letzten Rechnungslegung und mehrere Prüfungen durch die EU-Kommission (u. a. im Bereich des Vergaberechts). Zudem wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des revolvierenden Effekts von Finanzinstrumenten durch den EU-Rechnungshof angekündigt. Abschließend bedankt sie sich bei allen Partnern für die Unterstützung, das große Engagement und die gute Zusammenarbeit, die die erfolgreiche Umsetzung des EFRE-Programms der Förderperiode 2014-20 möglich gemacht haben (siehe Anlage TOP 6a).

**Frau Dr. Baumann** (Leiterin der ESF-Verwaltungsbehörde) stellt sich vor und bedankt sich bei allen Partnern für die Unterstützung und die erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen der Förderperiode 2014-2020. Sie informiert über die Zielerreichung und berichtet von einer Übererfüllung der Zielwerte in mehreren Förderinstrumenten. Zudem gibt sie einen Ausblick auf die anstehenden Arbeiten zum Abschluss der Förderperiode 2014-20, beispielsweise Projektkontrollen durch die Prüfbehörde, die Rechnungslegung sowie die Erstellung der Verwaltungserklärung und des Abschlussberichts (siehe Anlage TOP 6b).

**Herr Dr. Wagner** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) erkundigt sich, ob die nicht ausgeschöpften Mittel aus REACT-EU in andere Achsen fließen können, um eine Rückgabe an die EU-Kommission zu vermeiden.

**Frau Anton** (Vorsitzende) antwortet, dass im Rahmen von FAST-CARE Mittel für die Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge genutzt wurden.

## **TOP 7            Evaluierung des Einsatzes der REACT-EU-Aufbauhilfe in der Förderperiode 2014-2020 gem. Art. 110 Abs. 1 (b) VO (EU) 1303/2013 i. V. m. EW Nr. 23 der VO (EU) 2020/2221**

### **TOP 7.1        Evaluierung des Einsatzes der REACT-EU-Aufbauhilfe EFRE**

**Frau Dr. Toepel** (IfS) stellt die Evaluierung vor. Untersuchungsgegenstand war der Beitrag der REACT-Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft sowie zum grünen und digitalen Wandel. Die Wirkung der Förderung wurde u. a. anhand von sieben ausgewählten Fallstudien nachgewiesen (siehe Anlage TOP 7.1).

## **TOP 7.2      Evaluierung des Einsatzes der REACT-EU-Aufbauhilfe ESF**

**Frau Hunger (IfS)** präsentiert die Evaluierung des Einsatzes der REACT-EU-Aufbauhilfe im ESF. Sie erläutert Zielsetzung und Forschungsfragen der Evaluierungsstudie und stellt dem die Zielerreichung gegenüber. Anschließend erläutert sie, wie die REACT-EU-Aufbauhilfe zu den spezifischen Zielen wie die Modernisierung der Verwaltung, die Förderung innovativer und zukunftssträchtiger Gründungsvorhaben, die Gesundheitsversorgung, die Sicherung von Nahrung und Unterkunft sowie die Verringerung von CO<sup>2</sup>-Emissionen beitrug (siehe Anlage TOP 7.2).

Aufgrund von Terminüberschneidung wird der TOP 11.1 im Einvernehmen mit den Mitgliedern des BGA vorgezogen.

## **TOP 11      Genehmigung der Änderung der ESF-Projektauswahlkriterien (PAK) gem. Art. 40, Abs. 2 (a) VO (EU) 2021/1060**

### **TOP 11.1      Förderinstrument 9**

**Frau Seide** (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) stellt sich vor und gibt einen Überblick über die Änderungen sowie den aktuellen Stand des Förderinstruments 9 „Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen“ (siehe Anlage TOP 11.1 FI 09).

**Herr Jeske** (Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin) erkundigt sich, welcher Fonds die genannten Kosten übernehmen wird.

**Frau Seide** (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) erläutert, dass 60% aus Landesmitteln und 40% aus ESF-Mitteln stammen.

Auf Nachfrage von **Frau Wiegand** (Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH), wie die jungen Menschen erreicht werden sollen, nennt Frau Seide (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) u. a. soziale Medien als eine Möglichkeit und verweist darüber hinaus auf die etablierten Netzwerke der Projektträger.

**Herr Dr. Wagner** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) fragt, ob die Finanzierung in der derzeitigen Haushaltslage gesichert ist.

**Frau Seide** (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) bestätigt, dass die Mittel im Haushalt angemeldet sind.

Der Begleitausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorliegenden Stimmbotschaften mehrheitlich bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

**Der Begleitausschuss genehmigt die Änderung der ESF-Projektauswahlkriterien (PAK) für das Förderinstrument 9**

## Förderperiode 2021 - 2027

### TOP 8 Bericht zur Umsetzung der Förderperiode 2021 - 2027 gem. Art. 40 Abs. 1 (a) VO (EU) 2021/1060

#### TOP 8.1 Bericht über die Durchführung des EFRE-Programms

**Herr Dr. Schwab** (IfS) präsentiert den Bericht über die Umsetzung des EFRE-Programms Berlin mit Datenstand 30.06.2024. Gegenstand sind die Entwicklung der Bewilligungen und Ausgaben von 418 Vorhaben, wovon 93 bereits abgeschlossen seien (siehe Anlage TOP 8.1).

**Herr Soisson** (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) fragt, ob die Kofinanzierung von den Haushaltskürzungen betroffen ist.

**Herr Diehlmann** (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt) antwortet, dass die Projekte, die gestartet sind, finanziell abgedeckt sind, aber der finanzielle Spielraum verloren gegangen sei.

**Herr Schellenberg** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen) berichtet, dass sich die Bauphasen vieler Projekte verschoben haben.

**Herr Dr. Wagner** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) kritisiert die Kürzung von 700.000 € des Förderprogramms KUBIST und betont die Kurzsichtigkeit einer solchen Kürzung in Hinblick auf die EU-Mittel, die dadurch verloren gehen.

**Herr Studihrad** (GD REGIO) räumt ein, dass der Zeitpunkt für eine Halbzeitüberprüfung aufgrund des späten Starts der Förderperiode und der Berliner Haushaltslage nicht besonders günstig liegt. Im EU-weiten Vergleich liege das Berliner EFRE-Programm aber durchaus im vorderen Mittelfeld, deshalb schlägt er vor, abzuwarten und eine gemeinsame Lösung zu finden.

**Frau Wadewitz** (Leiterin der EFRE-Verwaltungsbehörde) merkt an, dass die Förderperiode mittlerweile gut angelaufen sei, dass durch die Haushaltslage jedoch mit gravierenden Einschnitten zu rechnen wäre, die sich auch über das Jahr 2025 hinaus noch bemerkbar machen würden.

#### TOP 8.2 Bericht über die Durchführung des ESF+-Programms

**Herr Jaedicke** (IfS) präsentiert den Bericht über die Umsetzung des ESF+-Programms Berlin bis Sommer 2024. Gegenstand sind die Entwicklung der Bewilligungen und Ausgaben von 215 Projekten in 15 Förderinstrumenten (siehe Anlage 8.2).

**Frau Dr. Baumann** (Leiterin der ESF-Verwaltungsbehörde) weist auf die Inforeihe „Der ESF+ in 60 Minuten“ hin, die die Verwaltungsbehörde seit einem Vierteljahr durchführt und die von Projektträgern und Fachstellen gut aufgenommen wird.

**TOP 9            Bericht über die Erfüllung der Grundlegenden Voraussetzungen gem. Art. 40 Abs. 1 (h) VO (EU) 2021/1060**

**Frau Anton** (Vorsitzende) erläutert die grundlegenden Voraussetzungen. Bislang liegen keine Beschwerden vor und seit Beginn des Programms gab es keine Veränderungen.

**TOP 10           Bericht zur Durchführung von Kommunikations- und Sichtbarkeitsmaßnahmen gem. Art. 40 Abs. 1 (f) VO (EU) 2021/1060**

**Herr Rost** (FAZIT) stellt die Agentur vor. Fazit wird in der Förderperiode 2021-2027 die beiden Verwaltungsbehörden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen (siehe Anlage TOP 10).

**Frau Beck** (FAZIT) stellt die fondsübergreifende Informationskampagne vor, die Poster, U-Bahn-Seitenstreifen, Social-Media-Posts für Partner und eine Landingpage beinhaltet. Des Weiteren erläutert sie, wie Influencerinnen und Influencer eingesetzt werden sollen, um eine jüngere Zielgruppe zu erreichen.

**Herr Jeske** (Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin) erkundigt sich, wie man Menschen in Betrieben mit Influencerinnen und Influencern erreichen will. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, Poster zur Verfügung zu stellen, um auf die Förderung durch die EU aufmerksam zu machen.

**Herr Keune** (EFRE-Verwaltungsbehörde) erklärt, dass die Begünstigten laut Verordnung dazu verpflichtet sind an einer für die Öffentlichkeit deutlich sichtbaren Stelle mindestens einen Anschlag in A3 oder größer oder eine gleichwertige elektronische Anzeige mit Informationen zum Vorhaben unter Hervorhebung der Unterstützung aus den Fonds anzubringen. Vorlagen für die Plakate sind auf den Webseiten der Verwaltungsbehörden zu finden.

**Frau Anton** (Vorsitzende) ergänzt, dass die Strukturfonds über verschiedene Möglichkeiten verfügen, die Zielgruppe zu erreichen. Dazu gehören Flyer, Plakatwände, U-Bahn-Flyer sowie EU-Werbung vor Ort. Gleichzeitig werden potenzielle Influencer mit einer entsprechenden Followerschaft identifiziert, um diese für die Kampagne zu gewinnen.

**Herr Studihrad** (GD REGIO) fragt, ob Fazit bereits Erfahrungen mit der Nutzung von TikTok im Rahmen eines anderen EU-Programms hat.

**Herr Rost** (FAZIT) erklärt, dass für die EU noch nicht mit TikTok gearbeitet wurde, aber im Rahmen der Zusammenarbeit mit Privatunternehmen und dem Auswärtigen Amt mit TikTok gute Erfahrungen gemacht wurden.

**Herr Dr. Wagner** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) bewertet die Informationskampagne positiv und schlägt vor, diese auch auf der Internetseite Berlin.de zu nutzen.

**Frau Tremmel-Scheinost** (GD EMPL) lobt die vorgestellte Kampagne als sehr innovativ, insbesondere die geplanten Influencer-Aktivitäten.

- TOP 11**            **Genehmigung der Projektauswahlkriterien (PAK) der Förderinstrumente 9, 10, 13 und 15 des ESF+ gem. Art. 40, Abs. 2 (a) VO (EU) 2021/1060**
- TOP 11.2**        **Förderinstrument 10**

**Frau Rometsch** (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) stellt sich vor und gibt einen Überblick über die Änderungen sowie den aktuellen Stand des Förderinstruments 10 „Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des MSA (FQ MSA)“ (siehe Anlage TOP 11.2 FI 10).

Der Begleitausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorliegenden Stimmbotschaften einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Begleitausschuss genehmigt die Änderung der ESF-Projektauswahlkriterien (PAK) im FI 10.**

- TOP 11.3**        **Förderinstrument 13**

**Frau Oelsner** (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) stellt sich vor und gibt einen Überblick über die Änderungen sowie den aktuellen Stand des Förderinstruments 13“ Lokal-Sozial-Innovativ (LSI) – Lokale Förderung sozialer Integration und Innovation“ (siehe Anlage TOP 11.3 FI 13).

Der Begleitausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorliegenden Stimmbotschaften einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Begleitausschuss genehmigt die Änderung der ESF-Projektauswahlkriterien (PAK) im FI 13**

- TOP 11.4**        **Förderinstrument 15**

**Frau Deideck** (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung) stellt sich vor und gibt einen Überblick über die Änderungen sowie den aktuellen Stand des Förderinstruments 15 „Qualifizierung, Beschäftigung und sozialpädagogische Unterstützung von Suchtgefährdeten/ Abhängigen“ (siehe Anlage TOP 11.3 FI 15).

Der Begleitausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorliegenden Stimmbotschaften einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Begleitausschuss genehmigt die Änderung der ESF-Projektauswahlkriterien (PAK) im F 15**

**TOP 12      Strategiedokument für ProFIT Darlehen gem. Art. 40 Abs. 1 (d) VO (EU) 2021/1060**

**Herr Kirchner (IBB)** erläutert die einzelnen Bedingungen des Programmbeitrags zum Finanzinstrument, wie sie im Strategiedokument für ProFIT Darlehen festgelegt wurden (siehe Anlage TOP 12)

**TOP 13      Verschiedenes**

**Frau Anton** kündigt den nächsten BGA für März 2025 an. Sie erinnert zudem daran, die Newsletter der beiden Verwaltungsbehörden zu abonnieren.

**Frau Anton** (Vorsitzende) dankt allen Mitgliedern und Anwesenden für die bisherige gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Ebenso dankt sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den beiden Verwaltungsbehörden für deren engagierte Arbeit sowie der Geschäftsstelle des BGA für die Vorbereitung der BGA-Sitzung und schließt die Sitzung.

Für das Protokoll:

Für die Richtigkeit:

gez.

gez.

Geschäftsstelle

Vorsitzende

Saiful Islam

Anton